

# **Wahlprüfsteine Stadt Elternvertretung**

## **Welche familienpolitischen Ziele/Forderungen verfolgen Sie für die Stadt Halle?**

Wir wollen allgemeine Bildungsgerechtigkeit. Dazu gehört für uns die kostenfreie Kita-Betreuung und die kostenfreie Mittagsversorgung in allen Kitas und Schulen sowie gut ausgestattete Schulen und Schulsozialarbeit an jedem Standort. Das Wohl der Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss als solche behandelt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei ein Themenfeld, das mehr kommunale Aufmerksamkeit benötigt. Halle soll eine familien- und kinderfreundliche Stadt sein.

## **Wie steht Ihre Partei zum Thema Verkehrssicherheit vor Kindertageseinrichtungen?**

Das Thema Verkehrssicherheit vor Kitas ist für uns sehr wichtig. Wir wollen, dass keine langen, gefährlichen Wege zurückgelegt werden müssen und die Sicherheit immer gewährleistet ist. Dazu braucht es z.B. Ampeln, Fußgängerwege vor Kitas, Tempo-30-Zonen und Verkehrserziehung in den Kitas. Darüber hinaus wollen wir, dass alle Kitas gut zu Fuß, mit dem Fahrrad, der Bahn oder dem Bus erreichbar sind.

## **Wie kann man aus Sicht Ihrer Partei die Integration von Kindern mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen besser fördern?**

Inklusion meint für uns nicht nur die Integration von Kindern mit behinderungsbedingtem Mehrbedarf, sondern die inklusive Haltung, dass alle Kinder und Fachkräfte auf ihre Art besonders sind und diese Heterogenität und Lebensweisen zum Alltag gehören. Wir wollen deshalb eine Bündelung der Unterstützungsleistungen (z.B. Eingliederungshilfe) auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus muss ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden (z.B. Heilpädagog\*innen). Die Räumlichkeiten müssen entsprechend barrierearm gestaltet werden. Dabei müssen die Kitas unterstützt werden.

## **Wie können aus Sicht Ihrer Partei Maßnahmen zur Sicherung und/oder Verbesserung der Qualität in Kindertageseinrichtungen erreicht werden?**

Dafür braucht es zukunftsfähige Fachkonzepte und ausreichend Personal, hier muss sich der Betreuungsschlüssel verbessern. Wir wollen frühkindliche Bildung fördern und z.B. die Sprachkitas unterstützen. Um den Personalbedarf zu decken, muss die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht werden. Außerdem braucht es Sozialarbeiter\*innen in Kitas. Für die Erzieher\*innen muss es regelmäßige Weiterbildungsangebote geben.

## **Sind aus Sicht Ihrer Partei Kindertageseinrichtungen Bildungsstätten?**

Ja. Kitas sind elementarer Teil der frühkindlichen Bildung und des lebensbegleitenden Lernens. Es geht dabei um die Vermittlung von Werten, von sozialen Fähigkeiten, aber auch von Wissen. Die UN-Kinderrechtskonvention sagt deshalb im Artikel 28 zurecht, dass Bildung ein Grundrecht in jedem Alter ist. Hier kann auch die Förderung frühzeitig ansetzen.

## **Ist die Finanzierung von Bildung aus Sicht Ihrer Partei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe?**

Ja. Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, allen Kindern die gleichen Möglichkeiten zu geben. Dazu muss die Gesellschaft Ressourcen zur Verfügung stellen: Kitas, Schulen, Hochschulen und

darüber hinausgehende Bildungsangebote müssen für alle offen und erreichbar sein. Deshalb dürfen sie kein Geld kosten.

**Welche Vorschläge hat Ihre Partei auf kommunaler Ebene, um die Kosten für die Kindertagesbetreuung zukünftig zu finanzieren?**

Wir lehnen die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Kita-Beiträge ab.

Grundsätzlich ist die Finanzierung der Kitas auf Landesebene geregelt und sowohl die Kommune, als auch das Land und die Eltern müssen einen Teil bezahlen. Die Kosten müssen im Haushalt der Stadt festgelegt werden.

Wir wollen weiterhin mit allen anderen Kommunen Druck machen, damit das Land die Kita-Gebühren endlich flächendeckend abschafft und die Kosten in voller Höhe übernimmt. Bis es so weit ist, müssen die Kosten aus dem Gesamthaushalt der Stadt finanziert werden.

**Wie steht Ihre Partei zu der Aussage, "Die Essensversorgung in den Kindertageseinrichtungen sollte für alle Kinder kostenfrei sein."?**

Wir stimmen der Aussage zu. Es ist ein Skandal, dass manche Kinder nicht statt werden, weil die Eltern sich manche Dinge nicht leisten können oder sich vielleicht auch nicht kümmern können. Um das zu verhindern und um eine gesunde Ernährung für alle Kinder sicherzustellen, muss der Staat die kostenfreie Essensversorgung für alle ermöglichen. Das hat auch der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ gefordert.